

Finanzstatusbericht zum 31.07.2005

1. Entwicklung des Verwaltungshaushaltes

1.1 Einnahmen

Nach dem GFG für 2005 (Gemeindefinanzierungsgesetz = kommunaler Finanzausgleich) ergeben sich bei den Schlüsselzuweisungen und bei der Kreisumlage folgende Beträge:

Schlüsselzuweisungen:

Stand	Haushalts- ansatz Mio. €	Bewirtschaf- tungsstand Mio. €	noch zu ver- einnahmen Mio. €	Ist Mio. €	erwartete Ver- änderung Mio. €
31.07.2005	21,5	13,5	8,0	13,5	-
30.04.2005	21,5	8,1	13,4	8,1	-

Der Haushaltsansatz von 21.540.000 € wird nach dem vorliegenden Bewilligungsbescheid mit 21.538.091 € erreicht. Informationen über das Nachtragsgesetz zum Haushalt des Landes, dessen Einbringung für Ende September angekündigt wurde, liegen nicht vor.

Kreisumlage:

Stand	Haushalts- ansatz Mio. €	Bewirtschaf- tungsstand Mio. €	noch zu ver- einnahmen Mio. €	Ist Mio. €	erwartete Ver- änderung Mio. €
31.07.2005	91,9	53,6	38,4	53,6	+ 0,1
30.04.2005	91,9	30,6	61,3	30,6	+ 0,1

Die erwarteten Mehreinnahmen belaufen sich nach der Festsetzung der Kreisumlage auf 79.461,28 €.

Gebühren:

Stand	Haushalts- ansatz Mio. €	Bewirtschaf- tungsstand Mio. €	noch zu ver- einnahmen Mio. €	Ist Mio. €	erwartete Ver- änderung Mio. €
31.07.2005	13,8	10,4	3,6	7,6	+ 0,2
30.04.2005	13,8	7,3	6,5	4,0	-

Die Tabelle weist gegenüber dem Haushaltsansatz und dem Finanzstatusbericht zum 30.4.2005 eine Verbesserung von 0,2 Mio. € aus. Im Wesentlichen ist dies bedingt durch erwartete Mehreinnahmen bei den Rettungsdienstgebühren (+ 200 T€) und den Elternbeiträgen für Kindergärten (+100 T€). Die übrigen Gebührenprognosen sind rückläufig. Ein Ausgleich wird durch den Einmaleffekt einer höheren Einnahme für eine Abgrabungsgenehmigung erzielt.

Sonstige:

Stand	Haushalts- ansatz Mio. €	Bewirtschaf- tungsstand Mio. €	noch zu ver- einnahmen Mio. €	Ist Mio. €	erwartete Ver- änderung Mio. €
31.07.2005	2,3	1,3	1,0	1,0	+ 0,3
30.04.2005	2,3	0,8	1,5	0,5	+ 0,2

Es handelt sich um Zinseinnahmen, Schuldendiensthilfen aus Derivatgeschäften, Gewinnanteile an wirtschaftlichen Unternehmen und Buß- und Zwangsgelder sowie Stundungszinsen und Säumniszuschläge. Nach dem augenblicklichen Anordnungssoll werden Mehreinnahmen bei den Säumniszuschlägen in Höhe von rd. 128 T€ ausgewiesen. Inwieweit diese Forderungen verwirklicht werden und zu tatsächlichen Einnahmen führen, muss abgewartet werden. Bei den Gewinnanteilen an wirtschaftlichen Unternehmen wird mit Mehreinnahmen in Höhe von rd. 47 T€ gerechnet. Dabei handelt es sich um rd. 20 T€ an Erstattung von Kapitalertragsteuer aus der Beteiligung an der Abfallwirtschaftsgesellschaft des Kreises Warendorf mbH sowie um eine gegenüber dem Ansatz um rd. 27 T€ höhere Gewinnausschüttung der Wasserversorgung Beckum GmbH (insgesamt 63 T€ = 6,4 % des eingesetzten Stammkapitals). Aus erstmals abgeschlossenen Derivaten wird mit Einnahmen in Höhe von 70 T€ gerechnet.

1.2 Ausgaben

Sozialhilfe: (Zuschussbedarf örtl. Träger der SH)

Stand	Haushalts- plan Mio. €	Bewirtschaftungs- stand Mio. €	Ist Mio. €	erwartete Ver- änderung Mio. €
31.07.2005	11,3	4,2	4,4	- 2,0
30.04.2005	11,3	3,1	2,6	- 1,7

Wie sich bereits bei der Erhebung des Finanzstatus zum 30.04.2005 gezeigt hat, entwickelt sich der Zuschussbedarf des örtlichen Trägers nach Einführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende günstiger als erwartet. Entgegen den Annahmen bei der Veranschlagung der Hilfen sind nicht 10 sondern nur ca. 3 % der Hilfeempfänger im Sozialhilfebezug verblieben. Die bereits zum letzten Finanzstatus erwarteten Verbesserungen im Unterabschnitt 4100 – Hilfe zum Lebensunterhalt – mit Mehreinnahmen von über 500 T€ und Minderausgaben von über 1,6 Mio. € sowie bei der Hilfe zur Pflege – Unterabschnitt 4110 – mit einer Entlastung von rund 150 T€ werden nach wie vor erwartet. Allerdings zeichnet sich ab, dass der Zuschussbedarf bei der Eingliederungshilfe für Behinderte – Unterabschnitt 4120 – voraussichtlich um 225 T€ steigen wird.

Insgesamt bedeuten diese Prognosen eine Entlastung des Sozialtats außerhalb des SGB II um 2,0 Mio. € bis zum Jahresende.

Grundsicherung für Arbeitssuchende (Zuschussbedarf *)

Stand	Haushalts- Ansatz Mio. €	Bewirtschaftungs- stand Mio. €	Ist Mio. €	Veränderung Mio. €
31.07.2005	0,0	0,4	2,0	+ 3,2
30.04.2005	0,0			-

*) unter Berücksichtigung der Erstattung durch die Städte und Gemeinden

Für das Haushaltsjahr 2005 wurde mit den Städten und Gemeinden ein öffentlich-rechtlicher Vertrag über die Erstattung der tatsächlich für Leistungen im Rahmen von „Hartz IV“ anfallenden Kosten abgeschlossen. Der Haushaltsansatz für diese Ersatzleistungen beläuft sich auf 17,8 Mio. €. Der Finanzstatus per 30.04.2005 wies eine Prognose von 20,8 Mio. € aus, da die Aufwendungen für Unterkunft und Heizung sprunghaft gestiegen waren.

Inzwischen zeichnet sich ab, dass zwar die Zahl der Bedarfsgemeinschaften weiter steigt, (Mitte August auf 9.689) die Kosten pro Gemeinschaft jedoch mit derzeit ca. 270 € pro Monat, also niedriger, zu veranschlagen sind, als dies zum genannten Zeitpunkt noch erwartet werden musste. Die Suche nach Erklärungen ist noch nicht abgeschlossen.

Zurzeit wird mit einem von den Gemeinden zu tragenden Anteil von 19,7 Mio. € für 12 Monate dieses Jahres, das sind rd. 1,9 Mio. € mehr als veranschlagt, gerechnet. Wegen der nachträglichen Abrechnung mit den Städten und Gemeinden wird der Kreis jedoch voraussichtlich nur 16,5 Mio. € im laufenden Haushaltsjahr, also rd. 1,3 Mio. weniger als der Haushaltsansatz, einnehmen. Die Erstattung für die Monate November und Dezember 2005 wird er erst im Januar 2006 abrechnen können.

Die dadurch ausfallenden Mittel werden sich somit auf ca. 3,2 Mio. € belaufen. Sie sind im Haushalt 2006 neu zu veranschlagen.

Grundsicherung bei Alter und Erwerbsminderung

(Zuschussbedarf)

Stand	Haushalts-Ansatz Mio. €	Bewirtschaftungs-stand Mio. €	Ist Mio. €	Veränderung des erwarteten Zuschussbedarfs Mio. €
31.07.2005	4,7	2,7	2,0	0
30.04.2005	4,7	2,1	1,7	- 0,3

Bedingt durch Mehreinnahmen von 87 T€ und Minderausgaben von ca. 230 T€ stellt sich der erwartete Zuschussbedarf bei den Hilfen in Einrichtungen zwar um rund 300 T€ günstiger dar, dieser Effekt wird jedoch durch steigende Ausgaben bei den Leistungen außerhalb von Einrichtungen voraussichtlich wieder aufgezehrt.

Pflegewohngeld

Stand	Haushalts-Ansatz Mio. €	Bewirtschaftungs-stand Mio. €	Ist Mio. €	erwartete Veränderung Mio. €
31.07.2005	3,5	2,0	2,0	- 0,2
30.04.2005	3,5	1,4	1,1	- 0,2

Das Sozialamt rechnet nach dem aktuellen Stand der Bewirtschaftung mit Ausgaben von 3.350.000 € (Ansatz = 3,5 Mio. €). Die Anrechnung des Vermögens wirkt sich nachhaltiger aus als erwartet.

Jugendhilfe:
(Entwicklung der Jugendamtsumlage)

Stand	Haushalts- Ansatz Mio. €	Bewirtschaftungs- stand Mio. €	Ist Mio. €	Veränderung des erwarteten Zuschussbedarfs Mio. €
31.07.2005	21,0	16,1	12,8	+ 0,7
30.04.2005	21,0	13,8	7,6	+ 0,5

Die Meldung des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien geht von einer weiteren Verschlechterung des Zuschussbedarfes über die bisherige Prognose hinaus aus.

Die Ansätze für die Erziehung in der Familie werden überschritten (hier insbesondere die Haushaltsstelle 4530.7710.0000 Vater/Mutter/Kind-Einrichtungen um 135 T€).

Auch bei den Hilfen zur Erziehung werden Mehrausgaben erwartet. (Haushaltsstellen 4550.7650.0000 - Erziehung in einer Tagesgruppe um 100 T€, 4550.7640.0000 - Sozialpädagogische Familienhilfe um 70 T€, 4550.7660.0000 - Unterbringung in Familienpflege - um 150 T€ und 4550.7700.0000 - Unterbringung in Heimpflege um 160 T€). Auch bei den Hilfen für seelisch behinderte Kinder u. Jugendliche in Einrichtungen werden Mehrausgaben bis zu 320 T€ angekündigt.

Diese Prognosen stützen sich auf den Stand der Ausgaben zum Berichtszeitpunkt und die weiterhin steigenden Fallzahlen.

Ein Ausgleich innerhalb des Budgets zeichnet sich zurzeit nicht ab.

Personalausgaben:

Stand	Haushalts- ansatz Mio. €	Bewirtschaftungs- stand Mio. €	Bestellun- gen Mio. €	noch ver- fügbar Mio. €	Ist Mio. €	erwartete Ver- änderung Mio. €
31.07.2005	33,8	21,1	-	12,7	19,5	-
30.04.2005	33,8	11,8	-	22,0	9,0	-

Eine Abweichung von den Ansätzen wird nicht ausgewiesen, obwohl Überschreitungen vor dem Hintergrund der in ihrer Auswirkung noch nicht abzu-
 sehenden Veränderungen durch die tariflichen Neuregelungen und die Höhe der zu zahlenden Beihilfen nicht ausgeschlossen werden können. Die Verwaltung hat sich zum Ziel gesetzt, durch eine restriktive Bewirtschaftung die Einhaltung der Haushaltsansätze zu erreichen.

Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand:
(ohne innere Verrechnungen, kalkulatorische Kosten und aufgabenbezogene Leistungsbeteiligung im Rahmen des SGB II)

Stand	Haushalts-Ermächtigung Mio. €	Bewirtschaftungsstand Mio. €	Bestellungen Mio. €	noch verfügbar Mio. €	Ist Mio. €	erwartete Veränderung Mio. €
31.07.2005	13,0	7,7	-	5,3	6,9	-
30.04.2005	13,0	4,7	-	8,3	3,8	-

Bei den Schülerbeförderungskosten zeichnet sich eine Überschreitung ab (190 T€). Die Verwaltung ist insgesamt jedoch um einen Ausgleich im übrigen Sachkostenbereich bemüht.

Zinsen für Kredite:

Gegenüber den Ansätzen wird infolge günstiger Umschuldungen (auch bereits in 2004) sowie geringerer Kreditaufnahmen im Haushaltsjahr 2004 eine erhebliche Einsparung von ca. 160 T€ erwartet. Allerdings wird sich eine Überschreitung des Ansatzes für Kassenkreditzinsen ergeben (s. Ausführungen S. 11), die sich auf rd. 20 T€ belaufen wird.

Bisher wurden im laufenden Haushaltsjahr Darlehen von insgesamt rd. 3,4 Mio. € umgeschuldet, zum 30.09. wird ein Betrag von weiteren 1,0 Mio. € fällig.

Zur Auswirkung abgeschlossener Verträge über den Einsatz von Zinsderivaten s. Ziff. 1.1. dieses Berichts (s. Seite 2).

Landschaftsumlage:

Stand	Haushalts-ansatz Mio. €	Bewirtschaftungsstand Mio. €	Bestellungen Mio. €	noch verfügbar Mio. €	Ist Mio. €	erwartete Veränderung Mio. €
31.07.2005	39,5	23,2	-	16,3	23,2	+ 0,3
30.04.2005	39,5	13,3	-	26,2	13,3	+ 0,3

Die Landschaftsversammlung setzte den Hebesatz zur Landschaftsumlage mit 16,5 % der Umlagegrundlagen um 0,1 Prozentpunkt höher fest als bei der Aufstellung des Kreishaushaltes erwartet. Dadurch wird bis zum Jahresende

eine Überschreitung des Ansatzes um 267 T€ eintreten. Die Deckung des Betrages ist im Rahmen des Gesamthaushaltes herbeizuführen

1.3 Haushaltsausgabereste

Verwaltungshaushalt	übertragene Haushaltsreste €	Bewirtschaftungs- stand 31.07.2005 €
Personalkosten	477.000,00	477.000,00
Sachkosten (Gr. 5/6)	738.628,79	399.582,01
Zuwendungen	979.156,95	450.396,54
Budget Schulen	33.785,04	0,00
Summe	2.228.570,78	1.326.978,55

Somit sind die übertragenen Haushaltsreste zu rd. 60 % bereits abgebaut.

2. Entwicklung des Vermögenshaushaltes

2.1 Einnahmen

Einnahmen aus der Veräußerung von Sachen des Anlagevermögens:

Stand	Haushalts- ermächtigung Mio. €	Bewirtschaftungsstand Mio. €	noch zu ver- einnahmen Mio. €	Ist Mio. €	erwartete Ver- änderung Mio. €
31.07.2005	1,3	0,3	1,0	0,3	-0,9
30.04.2005	1,3				-

Der Haushaltsansatz enthält Einnahmen aus der beabsichtigten Veräußerung des Gebäudes Ahlen, Raiffeisenstraße (Gesundheitsamt) und eines unbebauten Grundstückes dort. Bisher ist es jedoch nicht gelungen, diese Verkäufe zu realisieren. Bei der ausgewiesenen Einnahme von 320 T€ handelt es sich um den Verkaufserlös aus der Veräußerung der bisherigen Jugendbegegnungsstätte in Warendorf.

Zuweisungen und Zuschüsse:

Stand	Haushalts- ermächtigung Mio. €	Bewirtschaf- tungsstand Mio. €	noch zu ver- einnahmen Mio. €	Ist Mio. €	erwartete Ver- änderung Mio. €
31.07.2005	6,6	3,9	2,7	2,3	+ 2,0
30.04.2005	6,6	1,7	4,9	0,6	-

Die Veränderung ergibt sich aus der Buchung der Ausgleichsleistungen aus der Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende im Vermögenshaushalt (neue Haushaltsstelle 9000.3610.0006 statt 9000.0920.0000) gemäß eines Erlasses des Innenministers.

Dieser Betrag wird möglicherweise im Rahmen des Jahresabschlusses dem Verwaltungshaushalt zugeführt werden müssen.

2.2 Ausgaben**Bauausgaben:**

Stand	Haushalts- Ermächti- gung Mio. €	Bewirtschaf- tungsstand Mio. €	Bestellun- gen Mio. €	noch ver- fügbar Mio. €	Ist Mio. €	erwartete Ver- änderung Mio. €
31.07.2005	4,9	0,6	-	4,3	0,6	-
30.04.2005	4,9	0,1	-	4,8	0,1	-

Abweichungen zeigen sich bisher nur bei den Ausbaukosten der Landschaftspläne. Die Zuweisungen des Landes für die Landschaftspläne wurden nur in Höhe von 50 % der erwarteten Ansätze bewilligt, so dass die Ausgabeermächtigungen um insgesamt 180 T€ weniger in Anspruch genommen werden.

Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens:

Stand	Haushalts- Ermächti- gung Mio. €	Bewirtschaf- tungsstand Mio. €	Bestellun- gen Mio. €	noch ver- fügbar Mio. €	Ist Mio. €	erwartete Ver- änderung Mio. €
31.07.2005	1,6	0,3	-	1,3	0,3	-
30.04.2005	1,6	0,0	-	1,6	0,0	-

Die Mittel werden voraussichtlich plangemäß benötigt.

Zuweisungen und Zuschüsse:

Stand	Haushalts- Ermächti- gung Mio. €	Bewirtschaf- tungsstand Mio. €	Bestellun- gen Mio. €	noch ver- fügbar Mio. €	Ist Mio. €	erwartete Ver- änderung Mio. €
31.07.2005	2,7	0,7	-	2,0	0,7	-
30.04.2005	2,7	0,0	-	2,7	0,0	-

Zum Berichtszeitpunkt sind noch keine wesentliche Veränderungen erkennbar. Lediglich die Baukostenzuschüsse für Tageseinrichtungen für Kinder werden mit 133 T€ nicht zu Ausgaben führen.

2.3 Verpflichtungsermächtigungen

In der Haushaltssatzung wurden Verpflichtungsermächtigungen (VE) in Höhe von 2.931.200 € festgesetzt. Sie stehen bereit für folgende Maßnahmen:

Rettungsdienst	46.200 €
Berufskolleg Beckum	185.000 €
Grunderwerb für Straßen- und Radwegebau	50.000 €
Ausbau Kreisstraßen mit Radwegen	1.700.000 €
Radwegebau	950.000 €

Für den Ausbau von Kreisstraßen mit Radwegen wurden bisher VE in Höhe von 1.700.000 € in Anspruch genommen. Beim Radwegebau werden voraussichtlich 350 T€ nicht benötigt.

2.4 Haushaltsausgabereste

Vermögenshaushalt	Haushaltsreste aus Vorjahren €	Bewirtschaftungs- stand 31.07.2005 €
Erwerb von Grundstücken	78.225,60	1.546,40
Erwerb von bewegl. Ver- mögensgegenständen	922.446,86	407.038,54
Baumaßnahmen	1.389.896,11	667.299,07
Zuwendungen	2.514.153,91	261.769,57
Summe	4.904.722,48	1.337.653,58

Entwicklung der allgemeinen Rücklage und der Schulden

2.5 Allgemeine Rücklage

	Haushalts- Ansatz Entnahme Mio. €	Zugang Mio. €	tats. Abgang Mio. €	Bestand 31.07. Mio. €	voraussicht- licher Be- stand 31.12. Mio. €	Mindestbestand gem. § 20 Abs.2 GemHVO Mio. €
2005	3,4	-	-	3,5	0,1	3,2

Im Jahresabschluss 2004 musste zwar die vorgesehene Entnahme aus der allgemeinen Rücklage in Höhe von 0,5 Mio. € zur Rückzuführung an den Verwaltungshaushalt erfolgen. Gleichzeitig konnte jedoch eine überplanmäßige Zuführung an die allgemeine Rücklage in Höhe von 2,5 Mio. € erwirtschaftet werden. Somit steht dieser Betrag für die geplante Entnahme aus der allgemeinen Rücklage zusätzlich zur Verfügung. Die über die in 2005 veranschlagten 3,4 Mio. € hinausgehenden Rücklagemittel sind bereits in der Finanzplanung für 2006 als Entnahme eingeplant (111 T€). Nach dem derzeitigen Stand im Aufstellungsverfahren des Haushaltes 2006 wird sich hier keine Änderung ergeben.

2.6 Verschuldung

Kreditaufnahme:

Stand	Haushalts- ansatz Mio. €	Anordnungs- soll Mio. €	noch zu ver- einnahmen Mio. €	Ist Mio. €	erwartete Ver- änderung Mio. €
31.07.2005	1,9	0	1,9	0	-
30.04.2005	1,9	0	1,9	0	-

Bisher wurde im laufenden Haushaltsjahr eine Kreditaufnahme noch nicht erforderlich. Allerdings ergab sich bedingt durch das Abrechnungsverfahren mit den Gemeinden im Zusammenhang mit den Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende bereits mehrfach die Notwendigkeit, Kassenkredite in Anspruch zu nehmen, um die Liquidität zu erhalten:

Kassenkreditstand	01.02.2005	2,8 Mio. €
am	01.03.2005	4,0 Mio. €
am	01.04.2005	1,7 Mio. €
am	30.04.2005	5,4 Mio. €
am	01.07.2005	2,0 Mio. €
am	31.07.2005	2,5 Mio. €

Schulden:

Jahr	Stand Jahres- anfang Mio. €	Zugang Mio. €	Abgang (Tilgung) Mio. €	neuer Stand 31.07. Mio. €
2005	35,7	-	0,9	34,8

Einschließlich der vorbelastenden Übertragung von Kreditermächtigungen beläuft sich der Schuldenstand am Jahresanfang bereits auf 37,3 Mio. €.

Die Tabelle weist den **tatsächlichen** Stand der Schulden nach Abzug der planmäßigen Tilgungsleistungen zum 31.07.2005 aus. Weder der zum Jahresabschluss 2004 gebildete Haushaltseinnahmerest in Höhe von 1.644 T€ noch der Haushaltsansatz 2005 wurden bisher in Anspruch genommen.

3. Bewertung des Zwischenberichtes

Die Vorausschau auf den Jahresabschluss 2005 zeigt, dass der Haushalt in fast allen Bereichen planmäßige Ergebnisse erwarten lässt.

Die Budgets des **Sozialamtes** und des **Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien** als die für den Verwaltungshaushalt wesentlichen Aufgabenbereiche werden allerdings erheblich von den Planansätzen abweichen.

Dabei wird sich in der Sozialhilfe nach dem SGB XII und dem Pflegegeld insgesamt eine Minderbelastung gegenüber dem Haushaltsplan von 2,2 Mio. € ergeben, die durch die Mehrbelastung im Rahmen der Leistungen nach dem SGB II im Ergebnis aufgezehrt wird. Diese Mehrbelastung wird zwar von den Städten und Gemeinden erstattet werden, der Kreis leistet jedoch im laufenden Haushaltsjahr wegen des Abrechnungsrhythmus in einem Umfang von voraussichtlich 3,2 Mio. € vor.

Die Prognose auf das Jahresergebnis wird verschlechtert durch die erwartete Steigerung des Zuschussbedarfs für die Leistungen der Jugendhilfe (+ 700 T€).

Gegensteuerungsmaßnahmen des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien, z.B. eine Verstärkung der Sozialarbeit, greifen erst mit zeitlicher Verzögerung.

Eine weitere negative Auswirkung ergibt sich durch den vom Innenministerium vorgeschriebenen Nachweis der Einnahme aus der Ausgleichsleistung des Landes für die SGB II – Leistungen (Kompensationsleistung für den Wegfall des Wohngeldes) in Höhe von 2 Mio. € im investiven Vermögenshaushalt.

Der Haushaltsausgleich zum Jahresende erscheint nach gegenwärtigem Kenntnisstand erreichbar, erfordert aber weiterhin Anstrengungen einer rigiden Mittelbewirtschaftung.

Etat-Eckwerte 2005

(Stand: 31.07.2005)

Haushaltsstelle/ Grupp.ziffer/ Unterabschnitt/ Sammelnachweis	Bezeichnung	RE 2004 - T € -	Ansatz 2005 - T € -	Anteil an den Gesamt- einnahmen / -ausgaben 2005 - % -	nachrichtlich:		
					Anordnungs- soll 2005 - T € -	Prognose 31.12.2005 - T € -	Bemerkungen
VWH							
Gr. 0-2	Volumen VWH Einnahmen	167.201	182.763	100,0	162.447	182.320	Ist: 109.828
Gr. 4-8	Volumen VWH Ausgaben	167.201	182.763	100,0	133.619	185.605	Ist: 111.900
	Saldo		0			-3.285	
Einnahmen							
9000.0410.0000	Schlüsselzuweisungen	24.481	21.540	11,8	13.461*	21.538	* Ist
9000.0720.0000	Kreisumlage	97.601	91.865	50,3	53.629*	91.944	* Ist
9000.0920.0000	Ausgleichsleistung aus der Umsetzung der Grundsicherung f. Arbeitssuchende	0	2.013	1,10	0,00	0	vgl. HHSt. 9000.3610.0006
Gr. 10, 11	Gebühren	14.187	13.810	7,6	10.415	14.033	
4640.1710.0000	Landeszuw. zu den Betriebskosten für Tageseinrichtungen	8.021	7.890	4,3	7.222	7.890	Ist: 5.252
Summe		144.290	137.118	75,0	84.727	135.405	
Ausgaben							
SN 0	Persönliche Ausgaben	33.021	33.806	18,5	21.066	33.815	
SN 1	Unterh. u. Bewirtsch. d. Grundst. u. Geb.	3.348	3.474	1,9	1.929	3.470	
Gr. 639	Schülerbeförderungskosten	1.000	1.007	0,6	660	1.196	
4550.7700.0000	Unterbringung in Heimpflege	3.742	3.540	1,9	2.549	3.700	
4640.7120.0000	Betriebskostenzuschüsse für						
4640.7180.0000	Tageseinrichtungen	20.272	20.600	11,3	20.597	20.710	Ist: 12.416
4100.7300.0001	Leistungen zum Lebens- unterhalt avE	16.536	2.850	1,6	510	1.100	
9100.8060.0000	Zinsen für aufgenommene Kredite						
9100.8070.0000	bei öffentl. u. priv. Kreditinstituten	1.832	1.910	1,0	944*	1.760	* Ist
9000.8320.0000	Landschaftsumlage	39.395	39.500	21,6	23.197*	39.767	* Ist
Summe		119.146	106.687	58,4	71.452	105.518	
Zuschussbedarfe							
UA 4100-4140, 4800	Örtl. Träger der SH	20.906	11.346	-	4.243	9.215	Ist: 4.414
UA 4070-4810	Entwicklung der Jugendamtsumlage	20.122	20.971	-	16.105	21.709	Ist: 12.793
4700.7180.00009	Pflegewohngeld	3.435	3.500	-	2.016	3.350	Ist: 1.973
UA 4820	Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II	0	0	-	447	3.208	
UA 4850	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	3.704	4.739	-	2.741	4.739	Ist: 2.048

Haushaltsstelle/ Grupp.ziffer/ Unterabschnitt/ Sammelnachweis	Bezeichnung	RE 2004 - T € -	Ansatz 2005 - T € -	Anteil an den Gesamt- einnahmen / -ausgaben 2005 - % -	nachrichtlich:		
					Anordnungs- soll 2005 - T € -	Prognose 31.12.2005 - T € -	Bemerkungen
VMH							
Gr. 3	Volumen VMH Einnahmen	12.176	19.808	100,0	7.943	21.808	Ist: 6.005
Gr. 9	Volumen VMH Ausgaben	12.176	19.808	100,0	7.200	19.808	Ist: 6.320
	Saldo		0			+ 2.000	
Einnahmen							
Gr. 301	Allgemeine Zuführung	3.985	1.930	9,7	0	1.930	
Gr. 310	Entnahme aus der allgemeinen Rücklage	544	3.416	17,2	0	3.416	
Gr. 36	Zuw. u. Zuschüsse für Inv. u. Inv. förderungsmaßnahmen	4.524	6.554	33,1	1.916	6.554	
9000.3610.0006	Ausgleichsleistung aus der Umsetzung der Grundsicherung f. Arbeitssuchende	0	0	0,0	1.006*	2.012	* Ist
9100.3770.0000	Kreditaufnahmen bei öffentl. u. priv. Kreditinstituten	1.644	1.930	9,7	0	1.930	
9100.3760.0000							
Summe		10.697	13.830	69,8	2.922	15.842	
Ausgaben							
Gr. 9350	Erwerb von bewegl. Sachen des Anlagevermögens	1.104	1.372	6,9	152	1.372	
4640.9820.1000							
4640.9880.2000	Zuwendungen für Tageseinrichtungen	40	133	0,7	0	0	
6500.9500.0000	Ausbau von Kreisstraßen	1.130	1.100	5,6	4	1.100	
7920.9870.0000	ÖPNV-Fahrzeugförderung	611	610	3,1	0	610	
9100.9010.0000	Allgemeine Zuführung zum Verw.haush.	0	3.401	17,2	0	3.401	
9100.9760.0000							
9100.9770.0000	Ordentliche Tilgung	1.734	1.930	9,7	942*	1.814	* Ist
Summe		3.515	8.546	43,1	1.098	8.297	